

Offene Worte

Online Nr. 149

Zeitung der LINKEN für den Barnim 26. Jan. 2022, 31. Jahrg.

Die Landesinvestitionsbank (ILB) prüft derzeit alle Unternehmen, die von März bis Juni 2020 Soforthilfen erhalten haben. Sie sollen ihre Einnahmen und ihre Kosten nachweisen, berichtet der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, am 25. Januar auf einer Pressekonferenz. Der LINKEN-Chef ist zwar nicht gegen eine Prüfung, fürchtet aber die Unglaubwürdigkeit der Politik. „Erst sollte unbürokratisch geholfen werden, dann wurden keine Personal- sondern nur noch Betriebskosten berücksichtigt, schließlich sollte es Stichproben geben und nun gibt es generelle Abfragen.“ Die Unternehmen müssen ihre Angaben innerhalb von 4 Wochen bis zum 18. Februar machen. Walter meint, dass sich gerade viele Kleinstunternehmen, Soloselbstständige, Unternehmen in der Gastronomie immer noch im Krisenmodus befinden und deshalb dringend Fristverlängerung benötigen. „DIE LINKE

schlägt deshalb vor, die Frist für die Abgabe der Unterlagen bei der ILB auf den 30. Juni 2022 zu verlängern und eventuelle Rückzahlungen bis zum 30. Juni 2023 zu

ermöglichen. So jedenfalls hat es Nordrhein-Westfalen bereits beschlossen“, fordert Sebastian Walter. Über 100 Mails habe er innerhalb einer Woche von kleinen Unternehmen erhalten. „Viele beschwerten sich über die fehlende Empathie der Landesregierung in der derzeitigen Situation“, berichtet Walter. „Nur mit großen Worten Ankündigungen zu machen, führt zu massivem Frust“, wirft der Eberswalder der Brandenburger Landesregierung vor.

Ähnliches gelte für das Kurzarbeitergeld. Dies ist für Arbeitnehmer:innen eine soziale Abfederung und für Unternehmen die Chance, sie zu halten. Nun aber laufen die ersten Sonderregelungen aus. Kurzarbeiter-

DIE LINKE in Brandenburg will Fristverlängerungen für die Prüfung von kleinen Unternehmen und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes.
Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender

geld wurde seit April 2020 auf maximal 24 Monate Laufzeit erhöht. Wer erst seit dem 1. Januar 2021 Kurzarbeit anmelden musste, bei dem gilt sogar wieder die vorher-



gehende Regelung von maximal 12 Monaten. Einige Unternehmen sind bereits betroffen, der rbb berichtete von einem Beispiel aus Bernau in der Veranstaltungsbranche. „Hier muss eine Verlängerung erfolgen“, fordert Sebastian Walter. Und: „Gerade die Gastronomie braucht Hilfe. Hier werden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz umgesetzt, findet Kontaktnachverfolgung statt – hier müssen Bund und Länder weiter helfen“. Er regt sich besonders darüber auf, dass sich Brandenburg hier nicht engagiert. „Vier Bundes-

länder haben auf der Ministerpräsidentenkonferenz am Montag zumindest zu Protokoll gegeben, dass Kurzarbeitergeld verlängert werden muss – aber von Brandenburg kommt da bisher nichts.“

Das Kurzarbeitergeld bleibe weiter unverzichtbar, erklärt die Bundestagsfraktion der LINKEN auf Instagram. Aus ihrer Sicht müsse dessen Bemessung auf 90 Prozent des Nettogehalts erhöht und bei Vollzeitbeschäftigten ein Mindestbetrag von 1.200 Euro festgelegt werden. **bc**

Barnim kauft Tests für Kitas

Land Brandenburg lässt Kindereinrichtungen im Stich

In Brandenburg werden die Träger von Kindereinrichtungen bei der Besorgung von Corona-Tests allein gelassen. „Mit bürokratischer Begründung stiehlt sich das Land erneut aus der Verantwortung“, empört sich der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, am 25. Januar. Man könne sie nicht besorgen, weil man dann eine europaweite Ausschreibung machen müsse, sei die Begründung gewesen.

„Unsinn“, nennt dies auch der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Barnimer Kreistag, Lutz Kupitz. „Um die kommunalen und freien Träger von Kitas und Hort nicht auch noch damit zu belasten, kauft der Land-

kreis Barnim erstmalig 200.000 für kleine Kinder geeignete Tests ein“, ist Kupitz froh, dass es im Barnim unbürokratischer zugeht. Schließlich gäbe es die ab 7. Februar vom Land kurzfristig angeordnete Testpflicht zweimal pro Woche und viele Einrichtungen könnten die Vorfinanzierung nicht so einfach stemmen. „Der Landkreis hofft natürlich auch, dass er durch eine große Bestellung, vorzugsweise der gewünschten Lolli-Tests, etwas günstigere Konditionen erhalten kann. „Allerdings muss auch die Kreisverwaltung mit Kosten von über 400.000 Euro rechnen. Wir hoffen, dass das Land diese schnell erstattet.“, erklärt Kupitz. **jm**

Armutszeugnis für Deutschland

DIE LINKE zur Priorisierung von PCR-Tests

„Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland“, kommentiert am 25. Januar Ronny Kretschmer, gesundheitspolitischer Sprecher der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN, die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz vom Vortag, künftig PCR-Tests zu priorisieren. Sie sollen hauptsächlich bei medizinischem Personal eingesetzt werden. Das sei zwar generell richtig, betont Kretschmer, fragt aber scharf, was mit Menschen in der kritischen Infrastruktur und in den Schulen ist. „Nun hängt es vom Geldbeutel ab: Wer sich den PCR-Test teuer kaufen kann, der tut es, um sicher zu gehen. Für alle übrigen bleiben die etwas ungenaueren Selbsttests.“

Kretschmer verweist darauf, dass es allein in Wien mehr PCR-Testkapazitäten gäbe als in ganz Deutschland. „In Deutschland wurden die Testmöglichkeiten nicht ausgeweitet. Man müsse jetzt davon ausgehen, dass eine Durchseuchung gewollt ist.“

DIE LINKE fordere außerdem, dass die Impfpflicht in medizinischen Einrichtungen ausnahmsweise für diejenigen bis Anfang April ausgesetzt wird, die sich nachweislich mit dem sogenannten Totimpfstoff Novavax impfen lassen wollen, der jedoch erst Ende Februar zur Verfügung stehen soll. **jm**



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
30. Januar 2022